



Ursula Groden-Kranich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Brief aus Berlin

Ausgabe 02/2016

Berlin, 15.01.2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

die erste Sitzungswoche des neuen Jahres begann für mich in Mainz mit dem Jahresempfang der Wirtschaft in Anwesenheit unserer Bundeskanzlerin.

Gleich darauf wurden wir alle wieder mit den schrecklichen Auswüchsen von islamistischem Terror und Gewalt konfrontiert. Beim Anschlag in Istanbul wurde am Dienstag auch ein Ehepaar aus Mainz getötet – wieder einmal stehen wir betroffen vor dieser für uns unverständlichen und sinnlosen Gewalt. Doch genau wie nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln und anderen Städten dürfen wir uns jetzt nicht von unserem Entsetzen lähmen lassen, sondern müssen diese traurigen Anlässe nutzen, um die zum Teil längst überfälligen Maßnahmen zu ergreifen. Wir unterstützen deshalb nicht nur die Forderung unserer Kollegen im Landtag von Nordrhein-Westfalen nach einer lückenlosen Aufklärung der Ereignisse in Köln, sondern werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auch zügig gesetzliche Verschärfungen beschließen, mit denen straffällige Ausländer und Migranten leichter ausgewiesen werden können bzw. ihnen die Flüchtlingseigenschaft entzogen werden kann.

Mindestens genauso wichtig ist für mich, dass wir die Problematik der sexualisierten Gewalt, der Nötigung und der systematischen Abwertung von Frauen generell wieder viel stärker thematisieren und bekämpfen – und zwar unabhängig von der Nationalität, sozialem und kulturellem Hintergrund der Täter, und egal, ob im häuslichen oder im öffentlichen Raum. Auch die Übergriffe in Erstaufnahmeeinrichtungen auf Asylsuchende wie auf deutsche Helferinnen wurden in den Medien bisher nahezu komplett ignoriert, was ich leider auch anhand meiner eigenen Pressemeldungen hierzu erfahren musste.

Im Kulturausschuss stand mein Berichterstatthema „Gleichstellung im Kulturbetrieb“ auf der Tagesordnung. Auch wenn sich die Situation von Künstlerinnen und Medienschaffenden

in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, sind wir in den kreativen Berufen womöglich noch weiter als in anderen Branchen von einem wünschenswerten Zustand entfernt, gerade in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit Spannung erwarte ich daher in den nächsten Wochen die Ergebnisse der umfassenden Studie „Frauen in Kunst und Medien“, die dank der Initiative von Staatsministerin Prof. Dr. Grütters vom Deutschen Kulturrat fortgesetzt wurde.

Passend dazu konnte ich mich am Donnerstag hier im Bundestag mit Schülerinnen und Schülern der Berufsschule Ingelheim darüber sprechen, wie wichtig eine Berufsausbildung für die finanzielle Unabhängigkeit gerade von Frauen ist.

Auch die Themen TTIP und CETA begleiteten mich in dieser Woche. So hatten wir am Donnerstag die zuständige EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström zu Gast im Ausschuss. Wir sprachen mit ihr unter anderem über die notwendige Transparenz bei den Verhandlungen. Es war eine zentrale Forderung von uns Abgeordneten, dass auch wir Zugang zu den Verhandlungstexten erhalten. Diesem Anliegen hat die US-Seite nunmehr zugestimmt, sodass in den nächsten Wochen ein Leseraum im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin eingerichtet wird. Wir sind damit noch enger an den Verhandlungsverlauf angebunden und können spezifische Hinweise an die Unterhändler geben.

Am Sonntag werde ich im Wahlkreis meines Kollegen Jan Metzler MdB im Wormser Dom sein und dort am Ökumenischen Gottesdienst teilnehmen. Er bildet den Auftakt zu den diesjährigen Feierlichkeiten zu „200 Jahre Rheinhessen“, die ich Ihnen als Kulturtipp wärmstens ans Herz legen möchte.

Ihre Ursula Groden-Kranich